Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 10

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STIMMEN DER WELTPRESSE

Die bekannte Publizistin *Barbara Ward* vom Londoner *Economist* hat letzten Winter in einer ausgedehnten Reise die wirtschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungspläne Indiens studiert. In *The New York Times Magazine* (20. 9. 1953) berichtet sie über den verhängnisvollen *Wettlauf zwischen China und Indien* auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung. Beide Länder weisen nicht nur in ihrer Geschichte und Kultur weitgehende Parallelen auf, sondern stehen auch in der Gegenwart vor ähnlichen Problemen. Beide sind heute noch vorwiegend Agrarländer. Rund 80 Prozent ihrer Bevölkerung leben auf dem Lande und bebauen unermeßliche Ländereien mit Methoden und Hilfsmitteln, die sich seit Jahrtausenden nicht geändert haben. Chinesische und indische Bauern haben gleichermaßen unter dem Drucke von Großgrundbesitzern und Wucherern gelitten. In beiden Ländern verzehrt die stets wachsende Bevölkerung auch den kleinsten Überschuß an Lebensmitteln. Beide Länder stehen erst am Anfang einer modernen Industriewirtschaft und gleichen damit dem zaristischen Rußland um 1914, mit einigen industriellen und städtischen Inseln in einem agrarischen Ozean.

Auf dieser Grundlage zeigen auch die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme der beiden Länder weitgehende Übereinstimmung. Das Agrarprogramm bezweckt eine Steigerung der Produktion durch moderne Methoden und Mittel. Das Finanzprogramm bezweckt die Bildung des für den Ausbau der Industrie und der Transportwege notwendigen Kapitals. Auf dem Lande nicht voll beschäftigte Arbeitskräfte sollen in die sich ständig mehrende Fabrikarbeit übergeführt werden. Mit einem Jahr Abstand haben beide Länder ihren ersten Fünfjahresplan zur Erreichung dieser Ziele veröffentlicht. Der chinesische Plan will die landwirtschaftliche Produktion in zweimal fünf Jahren verdoppeln und die industrielle Produktion schon im ersten Planjahr um 23 Prozent steigern. Dabei sind schon die angeblichen Produktionsziffern des Basisjahres 1952 kaum erreicht worden. Im Gegensatz zum chinesischen Plan ist der indische Fünfjahrplan ein nüchterner, gut dokumentierter und sehr realistischer Versuch, die wirklichen Gegebenheiten der indischen Wirtschaft zusammenzutragen und die Möglichkeiten der Entwicklung zu skizzieren.

Der wachsende Druck der zunehmenden Bevölkerung auf die vorhandenen Nahrungsmittel bildet naturgemäß den Ausgangspunkt. Bei einer jährlichen Bevölkerungszunahme von mehr als 4 Millionen verfügt Indien nur über einige Randgebiete, die noch nicht bebaut werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in China. Beide Länder könnten aber den Ertragswert der landwirtschaftlich bebauten Bodenfläche in erheblichem Maße vergrößern durch Güterzusammenlegung und durch Verbesserung von Saatgut, Dünger, Geräten und Tierzucht sowie durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß zum Erwerb von Vorräten, zur Beschaffung von Kredit und zur Verwertung der Erzeugnisse. Aber solchen Plänen stellen sich erhebliche Hindernisse in den Weg. Die Bauern sind konservativ, hangen an ihrem Boden, ihren Überlieferungen und sind, seit Generationen abhängig, noch nicht zur genossenschaftlichen Selbsthilfe erzogen. Schließlich wird der Bauer seine Produkte nur auf den Markt bringen, wenn er im Austausch dafür Konsumgüter erwerben kann. Der Erfolg der landwirtschaftlichen Entwicklung ist damit abhängig vom Tempo der industriellen Entwicklung, für die das nötige Kapital durch Ersparnisse der Bevölkerung gebildet werden muß.

Bei gleichen Grundlagen, gleichen Zielen und gleichen Schwierigkeiten liegen nun die verhängnisvollen Unterschiede zwischen den beiden Ländern in den Methoden für die Verwirklichung ihrer Pläne. Unter der Diktatur der Kommunistischen Partei kann China alle Mittel des Zwangs und der Gewalt anwenden. Indien

dagegen hat demokratische Methoden und westliche Auffassungen von Freiheit angenommen, und seine Regierung kann nicht weiter gehen, als dies die öffentliche Meinung erlaubt. So liegen denn bereits Anzeichen dafür vor, daß die humanen und liberalen Methoden Indiens im Wettlauf der wirtschaftlichen Entwicklung mit China im Nachteil sind. Die Brutalität der kommunistischen Methoden und ihre Verachtung menschlicher Werte haben China bereits im ersten Anlauf einen Vorsprung eingetragen. In Indien sind zwei Drittel des Planes der Landwirtschaft gewidmet, einschließlich die Bewässerung. Aber die Mitarbeit der Bauern kann in Indien nur geleitet, nicht erzwungen werden wie in China, wo auch Enteignung, summarische Verfahren, Einzug in die Armee oder in Arbeitskolonien angewendet werden.

Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, daß Indien wegen seines Bekenntnisses zu den Idealen und Auffassungen des Westens im Wettlauf der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber China zusehends ins Hintertreffen gerät, dessen kommunistische Methoden zu rascheren und sensationelleren Erfolgen führen. Barbara Ward gelangt daher zum Schlusse, die freie Welt sollte Indiens wirtschaftliche Entwicklung durch Kapitalhilfe fördern und damit dazu beitragen, aus Indien einen Stützpunkt wirtschaftlicher Strategie in Asien zu machen. Ein Mißlingen des indischen Fünfjahresplanes müßte Indien und damit auch das übrige Asien in Not und Verzweiflung stürzen und schließlich dem Kommunismus zuführen.

Der gut unterrichtete *Intelligence Digest* (14, Old Queen Street, London S.W. 1) macht in seiner Dezembernummer interessante Angaben über die russische Armee. Darnach soll die gegenwärtige Stärke 247 Divisionen betragen, gegenüber 216 im Jahre 1952, und zwar 67 Panzer-, 8 Fallschirm-, 61 Artillerie-, 55 Infanterie- und 41 mechanisierte Divisionen, 10 spezielle arktische Divisionen und 5 Kavallerie-Divisionen. Aus der Aufstellung ergibt sich, daß zur Zeit nur 48 Div. Front Europa und Skandinavien stationiert sind, während 59 Div. in Nordsibirien und 58 Div. in Südostsibirien stehen; 24 Div. befinden sich an der persischen und afghanischen Front. Sechzig Prozent der Luftstreitkräfte sind auf Ost- und Nordsibirien aufgeteilt. — Verschiedene an höchster Stelle stehende Offiziere haben kürzlich den Fernen Osten besucht. — Woroschilows Gesundheit soll sehr angegriffen sein. Als Nachfolger werden Tarasow und eventuell Molotow genannt.

Einen anschaulichen Einblick in Organisation und Kompetenzen der Exekutive eines Satellitenstaates vermittelt der Artikel: *Der Aufbau der Verwaltung in der Tschechoslowakei* von Dr. *Herbert Slapnicka* im *Europa-Archiv* Nr. 18/1953. Dort ist die bisherige Form der Selbstverwaltung in Gemeinde, Bezirk und Zentrale durch den «demokratischen Zentralismus» ersetzt worden. Die Verfassung der Tschechoslowakei als «Volksdemokratie» vom 9. Mai 1948 bezeichnet die *Nationalausschüsse* als Träger und Vollstrecker der Staatsgewalt. Sie gliedern sich in Orts- (insgesamt 15 000 mit 250 000 Funktionären), Bezirks- und Kreisausschüsse sowie den Zentralnationalausschuß der Hauptstadt Prag. Der Name «Nationalausschuß» ist nicht neu: er wurde schon in den Revolutionsjahren 1848 und 1918 verwendet. Durch seine heutige Wiederaufnahme unterscheidet sich die Tschechoslowakei von den übrigen Volksdemokratien, in denen «Volksräte» eingesetzt wurden. Sie hatte bei ihrer Gründung 1918 zunächst den Behördenaufbau des alten Österreichs mit seiner «Doppelgleisigkeit», d. h. dem Nebeneinanderbestehen von staatlichen Behörden und Selbstverwaltungskörperschaften, übernommen. Mit der Rundfunkbotschaft des Präsidenten Benesch vom 3. Februar 1944 und nach rascher Erweiterung ihrer Zuständigkeit bekamen die Nationalausschüsse ihre Rechtsform. Sie traten auch an die Stelle der früheren Selbstverwaltung, und die Lokalbehörden wurden zu untersten Instanzen einer straff zen-

tralisierten Staatsverwaltung. So unterstehen die Ortsnationalausschüsse den Bezirks-, diese den Kreisnationalausschüssen die ihrerseits die ausführenden Organe der Zentralbehörden sind. Das alte Berufsbeamtentum wurde in den Nationalausschüssen zugunsten bewährter Parteianhänger zurückgedrängt; aber auch heute noch liegt die Entscheidungsbefugnis nicht in der Hand der einzelnen Funktionäre, sondern bei den kollegialen Organen der Nationalausschüsse. Slapnicka berichtet im einzelnen über den Aufbau der Ausschüsse in Ort, Bezirk und Kreis sowie über die Tatsache, daß das Plenum nur wenige Male im Jahr zusammentritt, während die laufenden Geschäfte von den Vollzugsorganen erledigt werden. Zum Aufgabenbereich der Nationalausschüsse gehören alle öffentlichen Angelegenheiten in ihrem Sprengel; ihnen sind auch die Zuständigkeiten der früheren Sonderverwaltungsbehörden (der Finanz- und Arbeitsverwaltung) und der Handels- und Gewerbekammern überantwortet. Sie bestehen regelmäßig aus 11 Sachreferaten für die verschiedenen Verwaltungszweige, von denen das erste «für Organisationstätigkeit der Volksverwaltung» in der Hand des Nationalausschuß-Vorsitzenden das wichtigste ist. Die Mitglieder werden bis zu der für später geplanten Wahl nach näheren Weisungen des Innenministers bestellt und, entsprechend dem tschechischen System des «imperativen Mandats», bei Unfähigkeit durch Eingriff der kommunistischen Partei abberufen, die auch die Generallinien für die Tätigkeit der «Volksverwaltung» festlegt. Der Artikel von Slapnicka unterrichtet endlich über die weitgehende Parallelität in Arbeitsmethode und Aufbau der tschechischen Nationalausschüsse und der russischen Sowjets, dem Vorbild für die Verwaltungsorganisation in der Tschechoslowakei. Zahlreiche Hinweise auf authentische Quellen für das behandelte Thema vervollständigen die interessante Arbeit.

Über die *Journalistenausbildung in Frankreich* veröffentlicht die vom *Internationalen Presseinstitut* in Zürich herausgegebene *I. P. I. Rundschau* (Oktober 1953) einen interessanten Bericht von *Claude Bellanger,* Herausgeber von *Le Parisien Libéré.* In Frankreich waren die Ausbildung der Journalisten und die eigentliche Zeitungswissenschaft immer verschiedenartigen Institutionen anvertraut. In Paris bildet das 1946 von den Berufsverbänden der Verleger und Journalisten ins Leben gerufene und von diesen verwaltete «Centre de formation des journalistes» in Abendkursen junge Journalisten aus. Nach zwei Jahren Studiums erhalten die Absolventen ein Fähigkeitszeugnis. Das Zentrum wird hauptsächlich aus der «Lehrlingssteuer» finanziert, die alle Firmen nach Maßgabe ihrer Gehaltsumme entrichten müssen. — Der katholischen Universität in Lille ist seit 1924 eine «Ecole Supérieure de Journalisme» unterstellt, die auf die Förderung der Allgemeinbildung ebenso Wert legt wie auf das besondere journalistische Fachwissen. Nach dreijährigem Studium erteilt die Schule, die in engster Verbindung mit der katholischen Presse steht, ein Diplom. — Vor kurzem wurden nun auch am Pariser «Institut d'Etudes Politiques» Lehrgänge über Presse und öffentliche Meinung eingeführt. — Der Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Zeitungswissenschaften widmet sich das vor drei Jahren gegründete «Institut français de presse», das den Großteil seines Einkommens den französischen Zeitungen verdankt und seit 1951 die «Etudes de Presse» veröffentlicht.. Das Institut verfügt über ein Sekretariat mit Dokumentationszentrum und Bibliothek, das seinen Sitz in der «Fondation nationale des sciences politiques» in Paris hat. Man erwartet von der Wirksamkeit des Instituts neue Anregungen für den Lehrbetrieb der Universitäten.

In dem Artikel *Ämter unterstützen — Menschen helfen* (*Sonntagsblatt,* Hamburg, Nr. 47) wird interessanterweise Lord Beveridge als Kronzeuge gegen die abnehmende Verantwortung des Einzelnen genannt. Der Schöpfer des Beveridge-Planes, Begründer der Arbeitsämter und der Sozialversicherung in England, dessen

Gedanken das Muster eines Sozialstaates begründeten, soll unlängst erklärt haben, «es sei dringend nötig, die private Liebestätigkeit wieder zu beleben. Sie sei zwar auf einen kleinen Raum beschränkt, aber sie arbeite mit einem viel geringeren Aufwand als die öffentliche Wohlfahrt. Und vor allem — das ist das wichtigste Argument —: in der staatlichen Fürsorge fühle sich im Grunde kein Mensch wirklich für den andern verantwortlich». Das Sonntagsblatt fügt bei, Beveridge habe überraschenderweise auf die alte Aristokratie hingewiesen. «Man solle von ihr die hohe Tugend lernen, Zeit und Geld für die Bedürftigen übrig zu haben. Zwar gebe es den alten Reichtum einiger Weniger nicht mehr, dafür gehe es aber breiten Schichten heute besser als je zuvor. Sie hätten darum die Aufgabe des Adels zu übernehmen.» — In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß sich der frühere Vorsteher des zürcherischen kantonalen Jugendamtes, Dr. *Hauser,* einmal geäußert hat, es zeige sich immer wieder, daß «Anstalten, die mit öffentlichen Geldern errichtet und betrieben werden, regelmäßig — es gibt auch hier löbliche Ausnahmen — viel stärker durch Reglemente, ja Gesetze eingeengt sind, als private. Neue Ideen, neue Einrichtungen werden darum auch auf diesem Gebiet in der Regel durch private Institutionen eingeführt» (*Pro Juventute,* Nr. 2/3, 1949).

Der erstaunliche wirtschaftliche Wiederaufstieg Westdeutschlands wird von der italienischen Presse mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. In der Wirtschaftszeitung *Il Globo* vom 10. November zieht *Pietro Gerbore* im Leitartikel *Das Wunder Erhards* folgende Parallele: Ähnlich wie 1929—1932 der kurzsichtige Egoismus der nordamerikanischen Industriellen Schacht zu einer Autarchiepolitik trieb, so veranlaßte im Jahre 1949 die Revolte der amerikanischen und englischen Steuerzahler Ludwig Erhard, den Weg der freien Wirtschaft zu wählen, als natürliche Reaktion gegen die bedrückende Wirtschaftslenkung durch die alliierte Besetzungsmacht. Das Verdienst Erhards wird darum nicht kleiner, denn in einer Zeit, in welcher die gelenkte Wirtschaft dominiert, unterscheidet sich sein Liberalismus deutlich vom alten Liberalismus, der lediglich auf die Gewinne abstellte. Das Ziel Erhards besteht darin, den Konsum deutscher Erzeugnisse im eigenen Lande (daher beschäftigt er sich auch mit den Löhnen der Arbeiter als den potentiellen Kunden der Industrie) und im Auslande zu fördern, die Produzenten aber in Ruhe zu lassen, da, um die Löhne zu erhöhen, die Lebenskosten verringert werden müssen, d. h. die Produktion gesteigert werden muß. So versteht man, daß Deutschlands passive Zahlungsbilanz von 148,7 Mio DM im Jahre 1951 zu einer aktiven von 705,5 Mio DM im Jahre 1952 geworden ist. Dies schadet jedoch der Bildung neuer Kapitalien. Der Verfasser fragt sich, wie die deutsche Industrie der ausländischen Konkurrenz entgegentreten kann, z. B. der so kapitalstarken schweizerischen. Bis zu welchem Punkt ist eine Vermehrung des Austauschs deutscher Erzeugnisse mit solchen komplementärer Wirtschaftsgebiete möglich? Der Autor glaubt, daß die Entwicklung der deutschen Wirtschaft von ihrer Integration in eine umfassendere, europäische Wirtschaft abhängt, sowie von der wohlwollenden Haltung der nordamerikanischen Kreise, die jedoch in Zweifel gezogen wird.

In dem Artikel *Das vergessene Wunder* (*Die Zeit,* Hamburg, Nr. 49) weist Gräfin *Marion Dönhoff* auf die großen Verdienste der deutschen Landwirtschaft hin. Sie schreibt: «Wer über das deutsche Wirtschaftswunder staunt, tut dies im allgemeinen wegen der vielen neu aufgebauten Fabriken und der hohen Exportzahlen der Industrie — an die ebenso staunenswerten Leistungen der Landwirtschaft denken nur sehr wenige. Überhaupt fällt die Landwirtschaft den meisten Menschen immer nur dann auf, wenn sie einmal nicht genügend Nahrungsmittel liefert. In normalen Zeiten vergißt man ganz, daß sie existiert und gibt sich

jedenfalls nicht Rechenschaft über die Größenordnung dieses Teiles der Grundproduktion. Wer beispielsweise ist sich klar darüber, daß die Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen mit 4,5 Mio fast genau so groß ist wie die Zahl der Industriearbeiter? Oder daß der Wert der Eiererzeugung etwa so groß ist wie der Produktionswert der Schuhindustrie und die Milchproduktion wertmäßig nahezu der Kohlenproduktion entspricht? Und schließlich, wer bedenkt, daß die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft 1952/53 über 12 Milliarden DM betrugen und daher die Landwirtschaft ein entscheidend wichtiger Käufer am Markt ist — wie ja auch umgekehrt fast die Hälfte der meisten Einkommen für die Ernährung ausgegeben wird.

Zur Zeit der Währungsreform wurde jeder zweite Deutsche vom Ausland ernährt. Eine baldige Besserung erschien damals angesichts der um Millionen gewachsenen Bevölkerung kaum möglich. Und doch ist nun der Landwirtschaft in wenigen Jahren das ‚Wunder' gelungen, nicht nur die Höhe der normalen Friedensernten wieder zu erreichen, sondern die Produktion je Hektar in fast unglaublicher Weise zu steigern. Heute werden schon wieder Dreiviertel der Bevölkerung der Bundesrepublik aus eigener Scholle ernährt. (1947/48 erzeugte die Bundesrepublik 19 Mio Tonnen Getreidewert, 1952/53: 37 Mio Tonnen.)»

Die königliche Steuer ist der Titel eines durch prägnante Formulierung sich auszeichnenden Aufsatzes in Nr. 23 der *Gegenwart,* verfaßt von deren Mitherausgeber, Dr. *Fritz Hauenstein.*

In Westdeutschland hat die Bundesregierung seit längerem eine «große Steuerreform» aus der Erkenntnis heraus angekündigt, daß mit dem geltenden Steuersystem keine Ehre mehr einzulegen ist, weil es unübersichtlich geworden ist, zu Steuerunehrlichkeit und Verschwendung führt. Hauenstein geht mit dem immer stärker anwachsenden Wust von Reformvorschlägen der Finanzpolitiker und -theoretiker einigermaßen unbarmherzig ins Gericht. Die Kernfrage des Streites liegt weniger in dem Streben nach Verminderung der Gesamtbelastung, die in ihrer Höhe durch die staatlichen Aufgaben bestimmt wird, als vielmehr in der Wahl zwischen direkten und indirekten Steuern. Gegenüber den Anregungen, die direkten Steuern ganz oder teilweise durch indirekte, insbesondere die Ausweitung der Umsatzsteuer, abzulösen, spricht sich der Verfasser mit selten zu findender Entschiedenheit und mit fundierter Begründung zu Gunsten der Einkommensteuer aus, die er die «Königin der Steuern» nennt. Weder sei die Kritik berechtigt, daß sie «entartet» sei — nicht die Steuer habe die Mißstände verschuldet, sondern die Finanzpolitik sei zu tadeln—, noch sei der Vorwurf durchschlagend, daß sie veraltet sei. Für sie spräche vielmehr die ökonomische Einsicht, die sie als das gegebene Korrelat zur sozialen Marktwirtschaft erscheinen lasse. Nicht darum handle es sich, die indirekten Steuern völlig zu beseitigen; vielmehr sei zwischen ihnen und den direkten das richtige Anteilsverhältnis nach dem Vorbild der amerikanischen Steuergesetzgebung herzustellen, die zwei Drittel des öffentlichen Bedarfs aus dem Einkommen schöpfe. Vor allem müßten die steuerlichen Vergünstigungen mannigfacher Art eliminiert werden, sie hätten die Einkommensteuer zu einem Sieb gemacht. Im Interesse einer organischen Steuerreform könne man nur wünschen, daß die gute Konjunktur anhalte. Die öffentliche Hand mit ihrer großen Beanspruchung des Sozialprodukts (die nach kürzlichen Ermittlungen des deutschen Industrieinstituts während der ersten sechs Monate 1953 sogar höher als der Anteil des Einkommens von Selbständigen und Unternehmungen gewesen ist) trage auch und gerade im Steuerbereich die entsprechende Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung.